

"Neues aus Berlin"



Newsletter von MdB Sarah Lahrkamp

Die letzte Woche in Berlin war ereignisreich. Hier berichte ich, was alles passiert ist.

Themen

- Ukrainische Flüchtlinge
- Abschaffung von 219a StGB
- Mehr Bafög für alle
- Stromversorgung besser sicherstellen
- Übergabe der "Red Hands"
- Gespräch mit türkischer Delegation zu Kinderrechten
- Neue Mitarbeiterinnen in Berlin



"Neues aus Berlin"

Fachgespräch der Kinderkommission: Umgang mit minderjährigen ukrainischen Flüchtlingen

Als Vorsitzende der Kinderkommission (Kiko) habe ich mich diese Woche mit Expert*innen zu der aktuellen Problematik geflüchteter Minderjähriger aus der Ukraine in Deutschland ausgetauscht. Ein aktuelles Bild der Lage in Deutschland zeichnen Vertreter*innen von UNICEF und terre des hommes Deutschland. Von den über 100 Mio. registrierten Geflüchteten besuchen ein Drittel die deutschen Schulen, ein beachtlicher Anteil an Kindern und Jugendlichen. Ich sehe es auch als eine Aufgabe der Kiko an, hier die besonderen Bedarfe von geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine zu ermitteln und an Lösungen zur Unterstützung für geflüchtete Minderjährige aus der Ukraine zu arbeiten.

Abschaffung des 219a StGB – ein guter Tag für Frauenrechte!

Mit der im Bundestag beschlossenen Streichung des Paragraphen 219a StGB stärken wir die Selbstbestimmungsrechte von Frauen: Künftig können Ärzt*innen über Schwangerschaftsabbrüche informieren und Frauen beratend zur Seite stehen, ohne eine Strafverfolgung zu befürchten. Dabei geht es nicht um Werbung für einen Schwangerschaftsabbruch! Das bietet Frauen einen freien und sachgerechten Zugang zu medizinischen Informationen.



"Neues aus Berlin"

Mit mehr BAföG in eine starke
Zukunft durchstarten

Nun ist es endlich geschafft: Lange haben wir Sozialdemokrat*innen für ein neues und starkes BAföG gekämpft! Von nun an profitieren alle Studierenden von einem neuen:

- Förderhöchstbetrag in Höhe von 934 Euro – das sind 73 Euro monatlich mehr!
- von einem auf 160 Euro erhöhten Kinderbetreuungszuschlag und einem gestiegenen Wohnzuschlag in Höhe von 360 Euro
- von einem um 20,75 Prozent erhöhten Grundfreibetrag in Höhe von 2.415 Euro
- von einer vereinfachten Antragsstellung – ganz zeitgemäß digital!
- von einer erhöhten Altersgrenze von 45 Jahren

Im Klartext bedeutet das neue BAföG: Weniger finanzielle Sorgen und mehr Chancen auf Bildung! Mit einem starken BAföG ermöglichen wir einen Aufstieg durch Bildung – und werden damit einem der wichtigsten Ziele der Sozialdemokratie gerecht.



"Neues aus Berlin"

Stromversorgung wird künftig noch besser sichergestellt

Deutschland steigt aus der Atomkraft und der Kohle aus, um bis 2045 klimaneutral zu sein. Gleichzeitig steigen die Energiepreise massiv an und wir wollen unabhängig von russischen fossilen Energien werden. All das ist eine große Herausforderung für uns alle. Nichtsdestotrotz muss die Stromversorgung in Deutschland sichergestellt und Energieengpässe beseitigt werden. Um die Stromnetze rasch ausbauen zu können, haben wir diese Woche eine Änderung des Energiewirtschaftsrechts auf den Weg gebracht: So sollen nur noch neue Netzausbauvorhaben umgesetzt werden, die aus energiewirtschaftlicher Sicht auch dringend gebraucht werden. Es werden Gebiete für neue Stromleitungen, sog. Präferenzräume, erschlossen und bestimmte Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt. Parallel dazu setzen wir auf Energieeffizienz und haben zudem ein Gesetz beschlossen, das den Gasverbrauch bei der Stromerzeugung reduziert.



"Neues aus Berlin"



„Red Hands“: Gemeinsam gegen den Einsatz von Kindersoldat*innen

Weltweit gibt es noch immer zehntausende Kindersoldat*innen. Jedes Jahr am 12. Februar, dem so genannten Red Hand Day, fordern Menschen auf der ganzen Welt mit roten Handabdrücken, dass es keine Kindersoldat*innen mehr geben darf. Ich bin Unterstützerin dieser Aktion. Auch Schulen und Institutionen können sich fortlaufend daran beteiligen, so wie in dieser Woche eine Schule aus Unterems. Als zuständige Abgeordnete für diesen Wahlkreis hat mir Anja Troff-Schaffarzyk die roten Hände der Schule ihres Wahlkreises in meiner Funktion als Vorsitzende der Kinderkommission übergeben. Im Sekretariat der Kinderkommission des Bundestages werden die roten Hände gesammelt und an passender Stelle an die UN weitergereicht.



"Neues aus Berlin"



Parlamentarischer Austausch mit türkischer Delegation zu Kinderrechten

Diese Woche gab es einen für mich sehr spannenden Austausch mit dem Unterausschuss der Großen Nationalversammlung der Türkei zu den Themen Kinderrechten und Kinderarbeit. Die Delegation berichtete über ihre Arbeit in der Türkei und war sehr an der Funktion und Arbeit der Kinderkommission des Bundestages in Deutschland interessiert. Zuvor reiste die Delegation nach Straßburg, New York und Kroatien, um sich über Fragen zur Kinderpolitik im internationalen Kontext auszutauschen. Die Schwerpunkte unseres Austausches lagen u. a. auf der Integration von Flüchtlingskindern wie auch der Digitalisierung. Ein weiterer Fokus lag auf der Kinderarbeit, die in manchen ländlichen Regionen der Türkei noch vorherrscht. Durch die digitale Erfassung der Kinder versucht die Regierung dem entgegenzuwirken. Die Vertreter*innen der türkischen Delegation machten dabei deutlich, dass Digitalisierung ein „Segen und Fluch zu gleich“ sei. Der gemeinsame Austausch zeigt, dass wir in Europa und dessen Grenzregionen derzeit mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind und in diesem Zuge über best practice-Modelle beraten sollten.



"Neues aus Berlin"



Mein Arbeiterteam wächst

Zum Abschluss meines Newsletters noch eine erfreuliche Nachricht in eigener Sache: Mein Team im Berliner Büro wächst. Ich heiße Maja und Karina als neue wissenschaftliche Mitarbeiterinnen bei mir im Team herzlich willkommen!

Ich freue mich sehr, dass sie mich künftig bei den Themen Kindergrundsicherung, Elterngeld und Elternzeit wie auch bei der gesamten Zuarbeit für die Kinderkommission und mich in meiner Funktion als Kinderbeauftragte der SPD-Fraktion inhaltlich unterstützen werden. Beide haben bereits langjährige Erfahrungen im Bundestag gesammelt und waren zuvor für verschiedene Abgeordnete der SPD-Fraktion tätig.